

LINKE LISTE REUTLINGEN

Programm

zur Kommunalwahl 2024

Reutlingen: Sozial, nachhaltig und lebenswert

Infos unter: die-linke-reutlingen.de/kom24

Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler in Reutlingen,

linke Politik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie tritt ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und die Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung kann nur dann soziale Realität sein, wenn die Kommunen selbst in der öffentlichen Daseinsfürsorge wirtschaftlich tätig sind und die Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme zugänglich sind, erhalten und ausbauen. **Mit diesem Wahlprogramm stellen wir Ihnen die Schwerpunkte unserer kommunalpolitischen Arbeit vor:**

1. Bezahlbares Wohnen muss für alle möglich sein
2. Attraktive Lebensräume durch ganzheitliche Stadt- und Verkehrsplanung
3. Unsere Umwelt als Lebensgrundlage schützen
4. Solidarität statt Hetze – Integration ermöglichen, Rassismus bekämpfen
5. Umfassende medizinische Versorgung, würdevolle Altenpflege
6. Inklusion für alle verwirklichen
7. Armut darf niemanden ausgrenzen
8. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen
9. Kultur und Bildung für alle
10. Soziale und ökologische Energieversorgung
11. Mehr direkte Demokratie und Stärkung der Bürgerrechte

Am 09. Juni haben Sie die Wahl: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein soziales, nachhaltiges und lebenswertes Reutlingen.

Für Ihr Vertrauen bedanken wir uns!

Timo Widmaier, Manfred König, Rüdiger Weckmann, Helga Fischer, Erika Filp



1. Bezahlbares Wohnen muss für alle möglich sein

Wir alle haben ein Recht auf lebenswerten Wohnraum und bezahlbare Mieten. Doch wie in vielen anderen deutschen Städten wurde auch in Reutlingen der soziale Wohnungsbau vernachlässigt; selbst für Menschen und Familien mit mittleren Einkommen ist es schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

In Reutlingen fehlen etwa 7.000 Sozialwohnungen!
Bestand im Jahr 2022: 2.452 GWG-Sozialwohnungen.

Die vom Reutlinger Gemeinderat beschlossene verbesserte Quote für Sozialwohnungen von 30% wurde durch flexible Bindungsfristen von 10 bis 40 Jahre in ihrer Wirkung für einen dauerhaften notwendigen Sozialwohnungsbestand verschlechtert. Wir fordern daher:

- **Festlegung einer verbindlichen Quote an Sozialwohnungen** von 50% für alle Neubauprojekte privater Investoren.
- **40 jährige Bindungsfrist** der Sozialwohnungen.
- **Belegungsrechte von neuen und frei werdenden Sozialwohnungen** für Wohlfahrtsverbände.
- **Preisreduzierte Abgabe städtischer Grundstücke**, um die Baukosten zu senken und dadurch niedrigere Mieten zu ermöglichen
- **Gezielte Förderung innovativer, selbst organisierter bürgerschaftlicher Bauprojekte** z. B. durch Baugruppen, Non-Profit-Organisationen und Genossenschaften.
- **Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum**, um längerfristigen Leerstand oder die Umwandlung in Ferienwohnungen und Gewerbeflächen zu verhindern.
- **Baugebote bei erschlossenen Grundstücken.**
- **Erhaltungssatzungen für die Oststadt** und die Tübinger Vorstadt, um den Erhalt der dortigen Wohnquartiere zu sichern und Luxussanierungen zu verhindern
- **Auch bei der Entwicklung neuer Gewerbebauflächen muss neuer Wohnraum geplant werden**, um den zuziehenden Menschen geeignete Wohnungen anbieten zu können
Grundlage für eine nachhaltige Wohnungspolitik ist eine weitsichtige Bodenpolitik. Hierfür müssten alle gesetzlichen und faktischen Instrumente genutzt und ausreichend Mittel für den Grunderwerb bereitgestellt werden.
- **Mieterticket für Mieter**, die auf Stellplätze verzichten.

Die Stadt plant, Streuobstwiesen, Naherholungsgebiete, Grünzüge, Frischluftschneisen und „Grüne Lungen“ zu bebauen. 80 ha Flächen im Außenbereich können mit dem neuen Flächennutzungsplan bebaut und damit versiegelt werden, weil die Stadt keine andere Möglichkeit sieht, ihre Steuereinnahmen durch mehr Gewerbe- und Einkommensteuer zu erhöhen. Dies ist keine nachhaltige Strategie und steht im Widerspruch zu notwendigen Maßnahmen, um den Klimawandel zu stoppen. Kommunalpolitisch ist dieser Widerspruch nicht lösbar. Es braucht eine Umverteilung des wachsenden Reichtums zu Gunsten der Kommunen. Wir unterstützen der Initiative „Ländle leben lassen – Flächenfraß stoppen“ die u.a. fordert:

- **Gesetzliche Verankerung von verbindlichen Obergrenzen für den Flächenverbrauch**, die die Reduzierung auf zunächst 2,5 Hektar pro Tag und bis 2035 die Netto-Null garantieren.

- **Unterstützung der Kommunen bei der Innenentwicklung** durch bessere rechtliche Rahmenbedingungen und ein Netz von Agenturen für Innenentwicklung.
- **Reutlingen benötigt einen Masterplan für die städtische Siedlungspolitik** unter der Prämisse „Innenverdichtung vor Grünflächenversiegelung“.
- **Wir fordern ein Moratorium „Innen vor außen“:** alle Möglichkeiten der Innenentwicklung müssen geprüft und ausgeschöpft werden, bevor es zu Außenentwicklungsmaßnahmen kommt.
- **Die städtische Boden-Bevorratungspolitik** muss deutlich aktiviert werden
- **Städtische Grundstücke** sollen grundsätzlich nur noch im Erbbaurecht mit Pachtzeiten von maximal 70 Jahren abgegeben werden.
- **Konsequente Ausübung von Vorkaufsrechten** und Erlass von Baugeboten auf potenziellen Bauflächen,
- **Ausreichende Mittelausstattung der Stadt** in Höhe von 10 Mio. Euro pro Jahr für den Grunderwerb.

2. Attraktive Lebensräume durch ganzheitliche Stadt- und Verkehrsplanung

Wir wünschen uns eine Stadt, in der sich alle wohl fühlen. Attraktive Plätze, Grünanlagen, autoarme Zonen und dennoch ein urbanes Flair mit modernen Strukturen und einem eng getakteten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Dies erfordert ein visionäres Gesamtkonzept sowie eine ganzheitliche Betrachtung einer Stadt- und Verkehrsplanung, in der soziale und ökologische Kriterien eine höhere Priorität genießen als privatwirtschaftliche Interessen. Mit dem planerischen Ziel, Wohnen, Freizeit, Einkaufen und Arbeit räumlich zusammen zu bringen, wird im Ergebnis Verkehr vermieden.

Wir wollen die Aufenthaltsqualität in Reutlingen und in den Gemeinden verbessern und eine dem Allgemeinwohl dienliche Infrastruktur realisieren. Dafür sollen wieder mehr Grundstücke in kommunales Eigentum zurückgeholt werden.

- **Erste Schritte zu einer autoarmen Altstadt Reutlingen** – mit dem Ziel der Realisierung unter Beteiligung aller Betroffenen.
- **Einrichtung autoarmer Modellquartiere**, in denen für die Bewohner*innen, Gäste und Lieferant*innen optimale Voraussetzungen für die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel gegeben werden.
- **Umwandlung geeigneter Plätze und Straßen in Begegnungszonen** (Shared Space).
- **Verstärkte Parkraumbewirtschaftung** in weiteren Stadtquartieren und eine Anpassung der Parkgebühren im öffentlichen Raum.
- **Strikte Einhaltung und Optimierung des Luftreinhalteplans.**
- **Sicherung des Bestandes alter Bäume** durch eine Baumsatzung.
- **Keine weitere Privatisierung öffentlicher Räume.**
- **Mobilität für alle durch attraktive Kurzzeit- und Einzeltickets** und perspektivisch ein fahrscheinloser ÖPNV.
- **Regionalstadtbahn schnellstmöglich realisieren.** Die Trassenführung soll sichtbar den Autoverkehr ersetzen und deshalb auf einer der Autospuren auf der Lederstrasse erfolgen.
- **Erarbeitung eines städtischen Fußverkehrskonzeptes**, eingebettet in ein Gesamt-Mobilitätskonzept..

- **Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Fußverkehr** durch fußgängerfreundliche Wegeverbindungen und ausreichende Ampelgrünphasen.
- **Maßnahmenpriorisierung und zügige Umsetzung des Masterplans Radverkehr**
- **Flächendeckendes und lückenloses Radwegenetz** mit Radschnellwegen und ausreichend Platz für Lastenbikes.
- **Bike-Sharing-Angebote** mit Lastenbikes und Carsharing-Angebote.
- **"Smart City Reutlingen"** soll integrativ fortentwickelt werden und darf nicht zu Ausgrenzung oder Überwachung führen.
- **Zur Umsetzung wird eine Steuerungs- und Koordinationseinheit „Masterplan für die Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität“** eingerichtet (Green-City-Plan)

3. Unsere Umwelt als Lebensgrundlage schützen

Neben dem Ziel, durch Umstellung auf erneuerbare Energie dem Klimawandel zu begegnen, muss eine nachhaltig soziale Politik auch die Gesunderhaltung unserer Umwelt gewährleisten, weil die Gesundheit der Menschen von dieser Umwelt abhängt und Umweltverschmutzung gerade die schwächer Gestellten besonders hart trifft.

- **Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe** mit ressourcenschonender Produktion von Gütern vor Ort statt langer Anfahrtswege und Ausbeutung von Mensch und Natur
- **ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung** auf kommunalen Pachtflächen.
- **Reutlingen soll dem Titel "Fair Trade Stadt" gerecht werden** und darüber hinaus den Bezug von Produkten aus fairem Handel weiter ausbauen und fördern.
- **Der Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen** in Gärten, Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen soll verboten werden.
- **Die Begrünung von Dächern und Hausfassaden** ist zu fördern.
- **Um dem wachsenden Risiko von Extremwetterlagen** (Hitze und Starkregen) gerecht zu werden, soll ein „Städtebaulicher Rahmenplan Klimaanpassung“ erstellt werden
- **Für Reutlingen muss ein „Schwamm-City-Konzept“** entwickelt und realisiert werden. Dazu gehören Flächenentsiegelungsmaßnahmen.
- **Natur- und Artenschutz auf bereits kartierten Flächen** (Lebensraumtypen von naturschutzfachlicher Bedeutung) kann nicht andernorts ausgeglichen oder kompensiert werden. Im Gegenteil: gefordert ist eine Erweiterung des Biotopverbundes unter Einbeziehung der extensiv bewirtschafteten Wiesenflächen (Kulturland Streuobstwiesen an den Siedlungsrändern) zur Erhaltung der Blühangebote für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insekten. Dies fördert auch den Vogelschutz.
- **Regionale Grünzüge sollten in und um Reutlingen weiter ausgebaut werden**, um eine Ökovernetzung zu erreichen. Auch hier sind ortstypische Streuobstwiesen einzubeziehen.
- **Insgesamt muss der Flächenverbrauch von naturnahen, extensiv genutzten Flächen verringert werden.** Diese Grünflächen produzieren frische, unbelastete Kaltluft.
- **Das Zukunftsthema Natur- und Umweltschutz in der Öffentlichkeit der Stadt Reutlingen** sichtbarer machen mit konkreten Projekten in allen Stadtteilen.
- **Anschaffung und Aufstellung von mobilen Feinstaubmessanlagen** an stark befahrenen Straßen in den Teilorten sowie an den Einmündungen der Tunnelportale zu den Bundesstraßen.
- **Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftleitbahnen dürfen nicht verbaut oder durch Verkehrsstraßen belastet werden.** Bei bereits bestehenden Belastungen muss darauf geachtet werden, dass in unmittelbarer Nähe noch unbelastete größere Grünflächen so

erhalten bleiben, dass von dort Frischluft möglichst großflächig in die Siedlungsgebiete hineinwirken kann.

- **Wir unterstützen die Einbeziehung der Stadt Reutlingen in das Biosphärengebiet.**
- **Ebenso das Vorhaben, die Bundesgartenschau entlang der gesamten Echaz im Jahr 2039 durchzuführen.**

4. Solidarität statt Hetze – Integration ermöglichen, Rassismus bekämpfen

Wir begegnen Geflüchteten mit der gleichen Solidarität, mit der wir allen Menschen begegnen. Solange die Fluchtursachen auf unserer Erde nicht nachhaltig beseitigt werden, stehen wir weiter in der Pflicht, Geflüchtete bei uns aufzunehmen. Die LINKE LISTE tritt deshalb für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Im kommunalen Handlungsspielraum verstehen wir darunter eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung, respektvollen Umgang, Beratung und Begleitung, spezielle Angebote für traumatisierte Menschen und qualifizierte Integrationsangebote in Ausbildung und Beruf.

- **Ausbau dezentraler Unterkünfte** im gesamten Stadtgebiet.
- **Bleiberechtsunabhängiges bedarfsgerechtes Angebot an Sprachkursen** (mit Kinderbetreuung).
- **Zugang zu psychologischer Behandlung.** Abbau der Sprachbarrieren durch professionelle Dolmetscher.
- **Ausreichend sozialpädagogische Begleitung** in den Unterkünften und im individuellen Wohnraum.
- **Finanzielle Unterstützung von Initiativen zur sozialen und kulturellen Integration**, wie beispielsweise Theater- oder Musikgruppen.
- **Unterstützung des Projekts „Haus der Kulturen“.**
- **Förderung politischer Veranstaltungen zum Demokratieverständnis** und gegen Rechtsextremismus in Schulen und Jugendhäusern.
- **Sitz- und Rederecht des Integrationsrats** in allen Ausschüssen des Gemeinderats.

Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Wir wollen in unserer Gesellschaft Akzeptanz und Verständnis fördern und jede Form der Ausgrenzung verhindern. Wir beteiligen uns aktiv an regionalen Bündnissen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung!

5. Umfassende medizinische Versorgung, würdevolle Altenpflege

Im Bereich der Stadt Reutlingen gibt es zahlreiche Pflege- und Betreuungseinrichtungen für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen. Gerade bei dieser anspruchsvollen gesellschaftlichen Aufgabe sollte das Wohl der betreuten Menschen wie auch des Pflegepersonals im Vordergrund stehen. Dies ist nicht mit einer gewinnorientierten Ausrichtung zu vereinbaren, denn diese führt zur „Pflege im Minutentakt“, was die Gesundheit aller Beteiligten gefährdet. Ein Personalbemessungsgesetz ist notwendig, das sich nach dem Bedarf der Menschen und nicht nach

Fallpauschalen richtet. Gesundheitsversorgung darf nicht rein betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden.

- **Personalmangel beseitigen.**
- **Würdevolle Behandlung** von Betreuten und Patienten durch Reduzierung des Arbeitstempos.
- **Angemessene Entlohnung** in Pflege und Gesundheit.

Hinweis: Unsere Position zur Gesundheitsversorgung durch die Kreiskliniken finden Sie im Programm zur Kreistagswahl.

6. Inklusion für alle verwirklichen

Inklusion wird bislang noch fast ausschließlich auf Menschen mit sogenannten Behinderungen bezogen. Dies begrenzt jedoch Inklusion auf diesen Personenkreis. Inklusion steht also für eine kommunale Politik gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung. Inklusion funktioniert nicht ohne Barrierefreiheit. Doch bauliche Veränderungen und speziell ausgerüstete Fahrzeuge reichen nicht aus, um den Alltag barrierefrei zu gestalten. Barrierefreiheit heißt, dass Gebäude und öffentliche Plätze, Arbeitsstätten und Wohnungen, Verkehrsmittel und Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen und Freizeitangebote so gestaltet werden, dass sie für alle ohne fremde Hilfe zugänglich sind.

- **Körperlich beeinträchtigte Menschen** sollen sich in der ganzen Stadt selbständig bewegen können. Hierfür muss der öffentliche Raum weitestgehend barrierefrei werden
- **Gesamtkonzept "Barrierefrei in Reutlingen".**
- **Körperlich beeinträchtigte Menschen als "Experten in eigener Sache"** mit in die entsprechenden Planungen einbeziehen.
- **Alle Busse für Menschen mit eingeschränkter Mobilität** und vor allem für Rollstuhlfahrer*innen zugänglich machen.
- Barrierefreie Zugänge für alle Menschen zu den Rats- und Behördengebäuden der Stadt und der Bezirksgemeinden.
- **Städtische Neubauten barrierefrei errichten.**
- **Barrierefreier Wohnraum mit geeigneter öffentlicher Anbindung** an Versorgungseinrichtungen.
- **Städtische Publikationen in leichter Sprache.**
- **Öffentliche Vorträge mit Gebärdendolmetscher*in** und Induktionsschleifen für Menschen mit Hörbehinderungen.
- **Mobile FM-Anlage für öffentliche Veranstaltungen**, die den Vereinen und Verbänden zum Verleih angeboten werden.

7. Armut darf niemanden ausgrenzen

Armut müsste es in einem reichen Land wie Deutschland überhaupt nicht geben. Statt sie wirkungsvoll zu bekämpfen, wird eine Bundespolitik der Fehlverteilung praktiziert, bei der die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Doch auch auf kommunaler Ebene ist es möglich, diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken. Wir setzen uns beispielsweise für die uneingeschränkte Teilhabe an gesellschaftlichem Leben und an Bildung der von Armut betroffenen Menschen ein, insbesondere von Kindern.

- **Die „Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“** sollen im Landkreis Reutlingen weiter entwickelt und langfristig etabliert werden; hierfür sollen feste Arbeitsplätze mit qualifiziertem Fachpersonal geschaffen werden
- **Gebührenfreie Kitas** und eine Tagesbetreuung im Vorschul- und Grundschulalter mit ausreichendem Fachpersonal und berufsorientierten Öffnungszeiten.
- **Kostenfreies Mittagessen** in Ganztagschulen.
- **Erstausstattung bei der Einschulungen.**
- **Das Reutlinger Gutscheineheft** soll auch erwachsenen Bürgergeld-Berechtigten, Personen mit einem Einkommen bis zu 30% über dem Existenzminimum sowie Asylsuchenden zugänglich sein.
- **Sozialticket** für Stadt und Kreis Reutlingen.

8. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt. Sie verdienen durchschnittlich 21% weniger als Männer, in Baden-Württemberg sogar 26% weniger. Insbesondere alleinerziehende Frauen arbeiten oft im Niedriglohnbereich, rund die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Im Alter droht dann Altersarmut. Zudem leisten Frauen den überwiegenden Teil der Haus- und Fürsorgearbeit. Auch in kommunalen Gremien und Vorständen sind sie unterrepräsentiert. Die Linke Liste setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein.

- **Betreuungszeiten in Kita und Schule**, die elterliche Erwerbsarbeit ermöglichen.
- **Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz** soll erfüllt werden.
- **Kostenlose Kitas und Ganztagsbetreuung** an Schulen inklusive kostenlosem Mittagessen.
- **Ausreichend Plätze im Frauenhaus.**
- **Mehr Frauen in Führungspositionen** in der Stadtverwaltung.
- **Die Gleichstellungsbeauftragte sollte in der Stadtverwaltung mehr Gewicht erhalten** und als Stabsstelle fungieren.

9. Kultur und Bildung für alle

Städte und Gemeinden sind nicht nur Arbeits- und Wohnorte, sondern auch kulturelle Begegnungszonen, die maßgeblich die Lebensqualität ihrer Einwohner fördern sollten. Kultur und Bildung gehören zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Das Recht auf Teilhabe daran darf nicht von Geldbeutel, Geschlecht, Alter oder ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten abhängen. Die Förderung von Kultur und Bildung ist daher eine elementare Aufgabe des kommunalen Gemeinwesens.

- **Die Stadthalle soll gemäß ihrem Motto „Halle für Alle“ genutzt werden können.** Sie soll vermehrt auch für Besucherinnen und Besucher mit geringerem Einkommen geöffnet sein und Veranstaltern und Initiativen mit kleinem Etat zur Verfügung stehen
- **Bildende Künstler und Musikgruppen brauchen kostengünstige Atelier- und Proberäume.** Geeignete Immobilien sind anzubieten (z.B. Paketpostamt, Galeria Kaufhof)
- **Bürgerhäuser sollen als zentrale Treffpunkte für Gruppen, Initiativen und Vereine entstehen.** Zumindest als Übergangslösung sollen geeignete städtische Räumlichkeiten kostenlos genutzt werden können

- **Finanzielle Förderung** der Jugendhäuser, Jugendtreffs, freien Theater und Schultheater, der Reutlinger Museen und von Einrichtungen wie Kulturschock Zelle e.V., Kamino, Theaterpädagogisches Zentrum, Kulturzentrum franz.K, und die Kulturlotsen
- **Niederschwelliger Zugang** zu Kursen der VHS und der Musikschule
- **Raum für neue innovative Projekte** wie z.B. Urban Gardening und Street Art
- **Eine Gedenkkonzeption**, die an die Vertreibung, Verfolgung und Ermordung unserer Mitmenschen in der Zeit des Nationalsozialismus erinnert, beispielsweise durch Straßennamen oder aufklärende Gedenk- und Hinweistafeln

Schule für alle! - Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert statt sie abzubauen. Deshalb strebt die Linke Liste einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem (Gemeinschaftsschulen) an, in dem alle Schüler*innen gemeinsam und voneinander lernen. Mit mehr als 1.100 Privatschulen liegt Baden-Württemberg weit vor allen anderen Bundesländern. Immer größere Bildungsaufgaben wurden aus dem öffentlichen Schulsystem ausgelagert und privatisiert. Wir streben Ausbau inklusiver staatlicher Gemeinschaftsschulen an, denn sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert wird. Statt eines weiteren Gymnasiums in privater Trägerschaft, fordern wir den Kapazitätsausbau der bestehenden Gymnasien.

10. Soziale und ökologische Energieversorgung

Jeder Mensch hat Anspruch auf eine beheizte Wohnung und Stromversorgung. Wir fordern, Mengenrabatte abzuschaffen, da diese zu falschen Anreizen führen, und die dadurch frei werdende Mittel für Sozialtarife zu verwenden. Energieversorgung hat darüber hinaus einen gewichtigen ökologischen Aspekt, denn die Energieproduktion von heute darf nicht zu Lasten der künftigen Generationen gehen. DIE LINKE sieht sich dem 1,5 Grad-Ziel des UN-Klimarahmenabkommens verpflichtet und will daher alle Lebensbereiche klimaneutral gestalten. Deshalb erstreben wir eine mittelfristige Umstellung auf 100% erneuerbare Energie.

- **Sozialstaffelung der Energiekosten.**
- **Keine Sperren von Strom, Wasser und Gas** für zahlungsunfähige Haushalte.
- **Eine kommunale Energieleitplanung**, um systematisch Möglichkeiten für die erneuerbare Energie -und Wärmeversorgung zu erheben.
- **Klimaneutrales Bauen im Hoch- und Tiefbau.**
- **Unterstützung von ressourcenschonendem Verhalten**, Energiesparen und Abfallvermeidung, z. B. durch ein Programm für klimafreundliche Elektrogeräte für mittellose Haushalte oder durch Repair-Cafés.
- **Bei Beschaffung und Vergabe durch die Stadt** sollen nur Betriebe und Dienstleistende mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung berücksichtigt werden.

11. Mehr Demokratie und Stärkung der Bürgerrechte

Demokratische Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten von Bürger*innen sind elementarer Bestandteil einer Demokratie. Gleichzeitig müssen Entscheidungsprozesse des Gemeinderates einer durchgängigen Transparenz unterliegen, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu erlangen. Leider

werden auch in Reutlingen viele kommunale Entscheidungen hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten und Verwaltung getroffen, teils unter Hinzuziehung teurer Beraterfirmen.

- **Die Stadtverwaltung benötigt ausreichend Personal**, um alle Aufgaben bürgerfreundlich und zügig erledigen zu können.
- **Die Publikation von Anträgen, Beschlüssen und Tagesordnungen** des Gemeinderates auf der Website der Stadt Reutlingen soll schnell und einfach auffindbar sein.
- **Öffentliche Sitzungen des Gemeinderats** und seiner Ausschüsse müssen öffentlich per Livestream übertragen werden.
- **Nicht-öffentliche Sitzungen müssen auf das Notwendigste reduziert** werden.
- **Regelmäßige von der Verwaltung einzuberufende Bürgerversammlungen.**
- **Niederschwellige Möglichkeiten, um Anträge aus der Einwohnerschaft zu stellen**, z.B. über ein Online-Portal.
- **Die Bürger*innen-Beteiligung ist konsequent zu stärken**, z.B. durch Initiativen für Bürger*innen-Entscheidungen, Bürger*innen-Versammlungen, Bürger*innen-Informationen und Work-shops. Formen der Online-Bürger*innen-Beteiligung sind einzuführen.
- **In allen Stadtteilen sollen Bezirksräte gebildet werden** (Oststadt (inkl. Burgholz), Nordstadt, Südstadt, Hohbuch, Tübinger Vorstadt).
- **Allen Bezirksgemeinderäten** sollen mehr Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden.